



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 23. Mai 2023
(OR. en)

9647/23

AGRI 265
AGRIORG 58
AGRIFIN 61

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Delegationen

Betr.: Marktlage, insbesondere nach der Invasion in die Ukraine
– *Informationen der Kommission und der Mitgliedstaaten*
– *Gedankenaustausch*

Im Hinblick auf die Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) am 30. Mai 2023 erhalten die Delegationen in der Anlage ein Hintergrunddokument zum oben genannten Thema.

Marktlage, insbesondere nach der Invasion in die Ukraine, und mögliche Unterstützung für die Mitgliedstaaten

1. Am 30. Januar kamen bei der Ministeraussprache über die Lage der Agrarmärkte in der EU zwei Hauptaspekte der derzeitigen Krise zur Sprache, nämlich einerseits die Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen, die alle Landwirte in der EU zu spüren bekommen, und andererseits die Auswirkungen der Liberalisierung des Handels für ukrainische Erzeugnisse, die Landwirte in benachbarten Mitgliedstaaten stärker betreffen als jene in anderen Mitgliedstaaten.
2. Am 30. März genehmigte die Kommission ein Unterstützungspaket in Höhe von 56,3 Mio. EUR aus der Agrarreserve zur Unterstützung der Landwirte in Bulgarien, Polen und Rumänien und schlug eine Zuweisung von 29,5 Mio. EUR an Polen, von 16,75 Mio. EUR an Bulgarien und von 10,05 Mio. EUR an Rumänien vor.
3. Am 31. März richteten Polen, Ungarn, die Slowakei, Rumänien und Bulgarien ein Schreiben an die Präsidentin der Kommission, in dem es um Maßnahmen geht, mit denen den negativen Auswirkungen der gestiegenen Einfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der Ukraine auf den EU-Markt entgegengewirkt werden soll. Einige dieser Mitgliedstaaten kündigten auch restriktive Maßnahmen an, um ihre lokalen Agrarsektoren vor dem Zustrom von aus der Ukraine eingeführten landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu schützen.
4. In ihrem Antwortschreiben vom 19. April kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an, dass die Kommission an einem zweiten Unterstützungspaket in Höhe von rund 100 Mio. EUR und an Maßnahmen arbeitet, mit denen sichergestellt werden soll, dass das Ziel der Solidaritätskorridore, nämlich der reibungslose Transit lebenswichtiger pflanzlicher Agrarerzeugnisse, erreicht wird.

5. Auf der Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 25. April lag der Schwerpunkt der Beratungen auf Fragen, die die EU-Binnenmärkte betreffen, einschließlich derjenigen in den an die Ukraine angrenzenden Mitgliedstaaten, Dürre und den Problemen im Sektor Milch- und Milcherzeugnisse. Die Ministerinnen und Minister bekundeten ihre anhaltende Unterstützung für die Ukraine und ihre Zusage, Lösungen zu finden, die die Solidarität der EU nicht beeinträchtigen, und es wurde auch Solidarität mit den EU-Ländern an den Außengrenzen bekundet.
6. Am 3. Mai fand in der Sitzung des Verwaltungsausschusses für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte eine erste Aussprache über das zweite Unterstützungspaket für an die Ukraine angrenzende Mitgliedstaaten in der Höhe von 100 Mio. EUR statt. Eine zweite Sitzung, die für den 12. Mai angesetzt war, wurde abgesagt, weil Unsicherheit über die (Nicht-)Aufhebung der einseitigen Maßnahmen durch Ungarn und die Slowakei bestand und „ernste Bedenken“ von zwölf Mitgliedstaaten hinsichtlich des Abkommens mit den Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und seiner möglichen Auswirkungen auf den EU-Binnenmarkt geäußert wurden.
7. Am 12. Mai hob die Slowakei das einseitige Einfuhrverbot für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ukraine auf. Für die Einfuhr dieser Erzeugnisse in das Land gelten nun nur noch EU-Rechtsvorschriften.

Zusätzlich zu den beiden oben genannten Unterstützungspaketen könnte noch eine weitere Unterstützung aus der Agrarreserve in Form eines dritten Pakets erforderlich sein, um die Märkte zu stabilisieren und auf Krisen zu reagieren, die sich auf die landwirtschaftliche Erzeugung auswirken.

Als Orientierung für die Beratungen auf der Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) am 30. Mai schlägt der Vorsitz zwei Fragen vor:

1. *Welche Kriterien halten Sie angesichts der derzeitigen Lage und vor dem Hintergrund der bisherigen Beratungen für mögliche neue außergewöhnliche Maßnahmen für angemessen und welche Sektoren benötigen am dringendsten Unterstützung?*
2. *Müssen angesichts der derzeitigen Situation weitere Maßnahmen auf EU-Ebene ergriffen werden?*